



Kulturausschuss

38. Sitzung (öffentlich)

30. September 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)

Protokoll: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Europäische Kulturhauptstadt Ruhr 2010
Programmatik, Großprojekte und Kommunikation der RUHR.2010 GmbH
(Anlagen 1 bis 3)

– Sachstandsbericht durch die Geschäftsführung der
RUHR.2010 GmbH | 3 |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz
2010); Einzelplan 02 - kulturelle Kapitel

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700
Vorlage 14/2800 (Erläuterungsband) | 17 |

**3 Landesstelle Unna-Massen - dokumentieren und in Erinnerung
behalten 21**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9770

Der Ausschuss beschließt, in seiner Sitzung am 25.
November 2009 um 13:30 Uhr eine Expertenrunde mit nicht
mehr als fünf Sachverständigen durchzuführen.

4 Verschiedenes 24

Terminplan 24

Der Ausschuss verständigt sich auf den vorgelegten
Terminplan.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010); Einzelplan 02 - kulturelevante Kapitel

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Vorlage 14/2800 (Erläuterungsband)

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (Staatskanzlei) führt aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir werden im nächsten Haushaltsjahr nicht nur die Verdoppelung des Kulturförderetats erreichen, sondern sie sogar um 2 Millionen € übertreffen. Die Mehrung des Kulturförderetats insgesamt beläuft sich damit auf über 70 Millionen €, die zu den damals zur Verfügung stehenden rd. 71 Millionen € zu addieren sind.

Bei einem Blick in den Kulturetat stellt sich angesichts des jetzt schon erreichten Volumens von gut 169 Millionen € die Frage, wieso die Verdoppelung noch nicht abgeschlossen sein soll. Zu bedenken gilt es bei dieser Zahl jedoch, dass seit 2005 die im GFG enthaltenen Mittel und die bis 2006 andernorts angesiedelt gewesenen Mittel für das Bibliothekswesen hinzugekommen sind.

Dass der Haushalt von 2009 auf 2010 nur um rd. 4,9 Millionen € wächst, erklärt sich mit dem gegenüber 2009 erheblich reduzierten Ansatz für die letzte Rate der Grundsanierung des Erweiterungsbaus der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen; in 2009 belief sich dieser Betrag auf ca. 15 Millionen €

Die Ansatzanhebungen für 2010 resultieren im Wesentlichen aus

- einer um 2,3 Millionen € höheren Rate für Ruhr.2010
- der steigenden Musikförderung; allein dem Projekt „Jedem Kind ein Instrument,“ fließen etwa 2,1 Millionen € zu; hinzu kommen steigende Ausgaben etwa durch Tarifsteigerungen bei den Orchestern im Umfang von rd. 700.000 €
- einer Anhebung der Theaterförderung um 1,6 Millionen €
- aus gegebenem Anlass noch einmal steigenden Mitteln für den Substanzerhalt von Kulturgütern um 400.000 €
- der Aufstockung der Ansätze „Zur Förderung des Bibliothekswesens“ - ohne Tantieme - und für „Landesbibliotheksaufgaben“ um zusammen knapp 600.000 €
- dem Anstieg des Anteils des Landes an der Abgeltung der Bibliothekstantieme um 2,1 Millionen € aufgrund entsprechender Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, wobei uns nur ein Teil dieses Steigerungsbetrages auf die Verdoppelung des Kulturförderetats angerechnet wird

- einem Mehr für die „Förderung von Zwecken der bildenden Kunst und der Medienkunst“, die wir im letzten Jahr im Haushalt erstmals auch namentlich aufgenommen haben, von 500.000 €
- dem Anstieg der Ausgaben für die „Förderung von Kulturbauten“ - ausschließlich der Gelder für K20/K21 - um gut 3,6 Millionen €.

Mit diesen Steigerungen haben wir sicherlich viel erreicht, aber ich möchte es relativieren: Unser Anteil am Gesamtetat beträgt immer noch weit unter 1 %. Wir haben zwar im Bund-Länder-Vergleich erheblich aufgeholt und liegen im guten Mittelfeld - 2004/2005 waren wir, auch pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, absolutes Schlusslicht -, sind aber noch weit von den Zahlen in Bayern und Baden-Württemberg - mit allerdings völlig anderen Traditionen in der Kulturförderung - entfernt.

Die „stille Revolution“ ist in den letzten Zeilen des Kapitels 02 062 ausgewiesen: Die Verpflichtungsermächtigung, die wir für den Kulturbereich in 2009 schon auf 104 Millionen € gesteigert haben, ist nunmehr auf 163 Millionen € gestiegen. Damit sind die Verpflichtungsermächtigungen fast so hoch wie der Kulturförderetat selbst, was es möglich macht, der Szene, aber auch den Institutionen im Lande Planungssicherheit zu geben, und zwar vielfach sogar über drei Jahre. Ich halte dies für ganz wichtig. Es kostet letztlich nichts zusätzlich, sondern zeigt nur den guten Willen, beinhaltet aber eine langfristige Zusicherung der Zuschüsse.

Kap. 02 062, Kulturförderung

Claudia Scheler (SPD) wünscht Auskunft betreffend den enormen Aufwuchs des „Anteils des Landes an der Abgeltung der Bibliothekstantieme“ - **Tit. 685 55.**

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (Staatskanzlei) definiert die vom Land pauschal an die „Verwertungsgesellschaft WORT“ entrichtete Bibliothekstantieme als Abgeltung der Urheberrechte, in die beim Kopieren etc. in Bibliotheken eingegriffen werde. Der in Ansatz gebrachte Betrag beruhe schon auf einem Kompromiss gemessen an den ursprünglich erheblich höheren Forderungen der Verlage. Finanzminister Dr. Linssen habe diese Steigerung dankenswerterweise nicht in Gänze auf den Aufwuchs im Kulturbereich angerechnet.

Oliver Keymis (GRÜNE) erkundigt sich, ob die Landesregierung, würde es nach der Landtagswahl bei den momentanen Mehrheitsverhältnissen bleiben, weitere Aufwüchse für den Kulturretat ins Auge fasse.

Anschließend greift der Redner das Mehr von 500.000 € in der **Titelgruppe 70 - Förderung von Zwecken der bildenden Kunst und der Medienkunst** - auf und erkundigt sich, ob sich dahinter auch eine weitere Förderung des berühmten Godesberger ANIMAXES, eines Multimedia-Theaters, verberge.

Sodann stellt er in Anbetracht des gleich gebliebenen Ansatzes in **Titelgruppe 98 - Förderung der Kunst und Kultur der Frauen** - die Frage in den Raum, ob hier kein Bedarf für eine Anhebung bestehe.

Die Antwort in Sachen ANIMAX wird **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (Staatskanzlei)** schriftlich nachliefern.

Zu zwei: Das von der Staatskanzlei beim Frauenkulturbüro beauftragte Konzept liege inzwischen wohl vor. Ferner wolle man im nächsten, vielleicht auch schon in diesem Jahr eine Untersuchung durchführen lassen, worauf die eindeutige Unterrepräsentanz von Frauen im Kulturmarkt eigentlich beruhe, studierten an den Kunsthochschulen doch erkennbar mehr Frauen als Männer. Die Unterrepräsentanz hinterher zeige sich in sämtlichen Sparten: von der bildenden Kunst bis zur Rock- und Popmusik. Die Ergebnisse der Untersuchung dienen dazu, Strategien zur Entwicklung eines Professionalisierungsprogramms aufzuzeigen, um zu durchgreifenden Änderungen zu kommen.

Diese Ursachenforschung stehe im Vordergrund. Es gehe nicht an, nur um der Aktivität willen letztlich nutzlose Aktivitäten an den Tag zu legen.

Claudia Scheler (SPD) erinnert an die relative Ratlosigkeit während der Haushaltsberatungen im Jahre 2009 in Bezug auf die **Titelgruppe 74 - Kultur und Kreative Ökonomie** - und die beabsichtigte Verwendung der Mittel. Sie wünsche von daher und weil sich auch die Wirtschaftsministerin auf diesem Feld tummele eine Aufstellung über die in 2009 geförderten Projekte. - **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (Staatskanzlei)** sagt dies zu und ergänzt, der Schwerpunkt der aus diesen Geldern geförderten Projekte werde 2010 auf dem Unternehmen „Kulturhauptstadt“ liegen.

Oliver Keymis (GRÜNE) begrüßt die gesonderte Aufführung der „**Erinnerungskultur**“ in der **Titelgruppe 69** und möchte wissen, ob der Ansatz durch die Übernahme der Mittel aus dem Ressort Generationen, Familie, Frauen und Integration gespeist werde. - Dies verneint **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (Staatskanzlei)**: Es handle sich um eine Verstärkung der in dem genannten Ressort etablierten Mittel für die Gedenkstätten.

Oliver Keymis (GRÜNE) ruft in diesem Zusammenhang einen Brief des Arbeitskreises Gedenkstätten ins Gedächtnis, in dem diese 500.000 € pro Jahr als für eine sinnvolle Fortführung ihrer Arbeit erforderlich erachtet hätten, da inzwischen immer mehr die Zeitzeugenschaft wegbräche, was bedinge, neue Mittel und Wege zu finden, um den Menschen das Thema nahezubringen.

Mit den in den beiden Einzelplänen ausgebrachten Ansätzen von fast 500.000 € befinde sich von daher zwar noch nicht am Ziel, aber auf einem guten Weg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) merkt an, dies werde dem Arbeitskreis, der viel höhere Ansprüche formuliere, nur bedingt einleuchten. Er, Sternberg, meine aller-

dings, die beinahe Verdoppelung der Mittel bedeute eine sehr viel bessere Ausstattung der Gedenkstättenarbeit.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens zitiert den Ministerpräsidenten mit dessen öffentlichen Mitteilung, das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen sei seit einiger Zeit beauftragt, Erinnerungskultur NRW fortzuentwickeln und fortzuschreiben. Er, Behrens, wüsste gern mehr über den Stand der Dinge. - **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (Staatskanzlei)** berichtet von einer Ankündigung, nach der die Untersuchung des KWI in den nächsten Wochen oder Monaten erscheinen würde. Genaueres werde er schriftlich ausführen.